Inhaltsübersicht

1. Teil. Einführung

§ 1 Insolvenzrecht als Haftungsordnung

I. Aufgaben des Insolvenzrechts	1
II. Das deutsche Insolvenzrecht und seine Reform	11
III. Rechtsquellen des geltenden Insolvenzrechts	16
IV. Außergerichtliche Sanierung als Alternative zum gerichtlichen Insolvenzverfahren?	18
V. Folgelasten der Reform: Komplizierung des Insolvenzrechts	22
VI. Insolvenzverfahren und verfassungsrechtliche Garantien	23
VII. Struktur des Insolvenzverfahrens	26
VIII. Zuständigkeitsordnung	29
IX. Bedeutung der Judikatur des BGH für das Insolvenzrecht	30
X. Verwirklichung der Haftung: Der Insolvenzbeschlagn	33

2. Teil. Allgemeine Grundlehren („Regelinsolvenzverfahren“)

A. Einleitung des Verfahrens

§ 2 Die Beteiligten des Insolvenzverfahrens

I. Ausgangslage	40
II. Insolvenzverfahrensfähige Schuldner	40
III. Konzerninsolvenzen	49
IV. Insolvenzgläubiger und gesicherte Gläubiger (Absonderungsberechtigte)	50
V. Gläubiger, deren Forderungen „vorab außerhalb des Insolvenzverfahrens“ zu befriedigen sind	63

§ 3 Der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens und die Insolvenzgründe

I. Ausgangslage	72
II. Der Antrag auf Einleitung des Insolvenzverfahrens	73
III. Die Eröffnungsgründe im liquidierenden Verfahren	90
IV. „Sanierungsgrund“ der drohenden Zahlungsunfähigkeit	99

Inhaltsübersicht

§ 4 Eröffnungsverfahren und vorläufige Insolvenzverwaltung	
I. Tätigwerden des Insolvenzgerichts nach Eingang des Antrags	103
II. Verhältnismäßigkeit vorläufiger Anordnungen des Insolvenzgerichts	107
III. Anhörung des Schuldners	109
IV. Verrichtungen und Sicherungsanordnungen des Insolvenzgerichts nach den Vorermittlungen	110
V. Allgemeine Aufgaben und Befugnisse des vorläufigen Verwalters	119
VI. Aufgaben und Befugnisse des vorläufigen Verwalters mit umfassender Verfügungsbefugnis	121
VII. Besondere Probleme im Eröffnungsverfahren einer Unternehmensinsolvenz	124
VIII. Rechtsmittel gegen die Anordnungen des Insolvenzgerichts gem. § 21 InsO	145
IX. Aufhebung vorläufiger Anordnungen nach §§ 21, 22 InsO	146
X. Deutsches Eröffnungsverfahren als europäisches Hauptsolvenzverfahren?	147
XI. Kritik am „deutschen“ Eröffnungsverfahren	148
§ 5 Die kostendeckende Masse	
I. Maßstäbe	149
II. Auslegung der §§ 26 Abs. 1, 54 InsO	149
III. Verfahren	156
IV. Folgen der Ablehnung der Eröffnung des Verfahrens mangels Masse	160
V. Rechtsmittel des Schuldners bei Verfahrenseröffnung bzw. fehlender Verfahrenskostendeckung	160
VI. Stundungsregelung, §§ 4 aff. InsO	161
B. Das eröffnete Verfahren	
§ 6 Der Eröffnungsbeschluss	
I. Bedeutung	162
II. Inhalt des Eröffnungsbeschlusses	162
III. Voraussetzungen der Wirksamkeit des Eröffnungsbeschlusses	165
§ 7 Die Beschlagnahme des Vermögens des Schuldners und der Umfang der Masse	
I. Das pfändbare Vermögen	166
II. Der Neuerwerb	173
III. Der registerrechtliche Insolvenzvermerk	183
IV. Die Freigabe von beschlagnahmten Massegegenständen	184
V. Eigenverwaltung durch den Schuldner	187

§ 8	Rechtliche Wirkungen des Eröffnungsbeschlusses	
I.	Zur systematischen Bedeutung des Eröffnungsbeschlusses	189
II.	Wirkungen auf den Status des Schuldners	190
III.	Verlust der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis des Schuldners	195
IV.	Automatic stay: Beschränkung der Rechtsausübung durch die Gläubiger	196
V.	Wirkung der Verfahrenseröffnung auf Prozesse	199
VI.	Funktion des Eröffnungsbeschlusses im Sanierungsverfahren bei Eigen- verwaltung des Schuldners	207
§ 9	Der Insolvenzverwalter	
I.	Einsetzung und Stellung des Insolvenzverwalters	209
II.	„Kernbereich“ des Tätigkeitsfeldes „Insolvenzverwaltung“	212
III.	„Verwaltungsverfahren“ und Eigenverwaltung	224
IV.	Bekanntmachung der Ernennung und Aushändigung einer Ernennungsurkunde	227
V.	Die Auswahl des Insolvenzverwalters durch das Insolvenzgericht	227
VI.	Kontrollmechanismen	237
VII.	Pflichten des Insolvenzverwalters im Einzelnen	242
VIII.	Die rechtliche Qualifikation der Stellung des Insolvenzverwalters	245
IX.	Widerruf von Lastschriften	249
X.	Die Aufsicht des Insolvenzgerichts über den Insolvenzverwalter	250
XI.	Die Haftung des Insolvenzverwalters	256
§ 10	Die öffentlich-rechtliche Verantwortlichkeit des Insolvenzverwalters	
I.	Problemstellung	267
II.	Steuerrechtliche Pflichten des Insolvenzverwalters	268
III.	Die ordnungsrechtliche Haftung der Masse und des Insolvenz- verwalters	270
IV.	Einfluss des EU-Subventionsrechts auf deutsche Insolvenzverfahren . .	272
§ 11	Geltendmachung von Forderungen der Masse	
I.	Geltendmachung des „Gesamtschadens“ durch den Insolvenzverwalter	275
II.	Geltendmachung der persönlichen Haftung des Gesellschafters durch den Insolvenzverwalter	281
III.	Anwendbarkeit des § 82 InsO	282
IV.	Schadenersatzansprüche aus fehlerhafter Tätigkeit im Rahmen „außergerichtlicher Sanierungen“	282
§ 12	Form der Teilnahme am Verfahren und die Durchsetzung des Rechts der Insolvenzgläubiger und der Absonderungsberechtigten	
I.	Aufnahme der Forderung in die Tabelle als Voraussetzung der Teilnah- me an der Verteilung der Masse	287
II.	Prüfungstermin	291

Inhaltsübersicht

III. Klage und Urteil auf Feststellung einer Forderung zur Tabelle	295
IV. Geltendmachung des Rechts zur abgesonderten Befriedigung im Insolvenzverfahren	298
§ 13 Gläubigerautonomie, Rechtsbehelfe d. Schuldners u. Richtermacht	
I. Insolvenzrechtliche Organe der Gläubiger	300
II. Konstituierung und Aufgaben der Gläubigerversammlung	301
III. Übermacht gesicherter Gläubiger	309
IV. Stellung und Aufgaben des Gläubigerausschusses	315
§ 14 Stellung des Schuldners und der Organe der schuldnerischen Gesellschaft	
I. Einflussmöglichkeiten des Schuldners auf den Ablauf des Insolvenzverfahrens	319
II. Fortbestand der gesellschaftsrechtlichen Organstruktur der schuldnerischen Gesellschaft	324
III. Ausübung von Zwang gegen den Insolvenzschuldner	324
§ 15 Richtermacht und Rechtsmittel	
I. Richterliche Entscheidungen zur Abwicklung des Insolvenzverfahrens	328
II. Aufgaben des Insolvenzgerichts	328
III. Rechtsmittel und Rechtsmittelverfahren	329
C. „Materielles Insolvenzrecht“	
§ 16 Reaktionsmöglichkeiten des Insolvenzverwalters auf beiderseits noch nicht erfüllte gegenseitige Verträge	
I. Übersicht	336
II. Insolvenz und funktionelles Synallagma	337
§ 17 Anwendungsbereich des § 103 Abs. 1 InsO	
I. Synallagmatische Schuldverhältnisse	345
II. Schadenersatzanspruch des anderen Teils, § 103 Abs. 2 InsO	345
III. Anwendung des § 103 InsO auf teilweise erfüllte gegenseitige Verträge	346
IV. Unwirksamkeit vorkonkurslicher Lösungsklauseln gem. § 119 InsO	350
§ 18 Besondere insolvenzrechtliche Regelungen wegen einzelner Vertragstypen	
I. Gegenseitige Verträge mit Sicherungen zugunsten des anderen Teils	353
II. Fixgeschäfte. Waretermingeschäfte	354
III. Miete, Pacht und Darlehen	355
IV. Schutz der Masse vor schuldnerischen Verfügungen durch die Anordnung des Erlöschens von Geschäftsbesorgungsverhältnissen	359

§ 19 Auswirkung der Eröffnung des Insolvenzverfahrens auf Arbeitsverhältnisse	
I. Übersicht	364
II. Kündigung von Individualarbeitsverträgen	365
III. Mitwirkung des Betriebsrats	370
IV. Reaktionsmöglichkeiten des Insolvenzverwalters auf Betriebsvereinbarungen	374
V. Sozialplan im Insolvenzverfahren	376
VI. Insolvenzversicherung betrieblicher Versorgungsansprüche	378
§ 20 Die Insolvenzanfechtung	
I. Funktion und rechtliche Struktur der Insolvenzanfechtung	379
II. Gläubigerbenachteiligung als Grund der Anfechtung	383
III. Keine Anfechtung der Erfüllung von Bargeschäften, § 142 InsO	391
IV. Anfechtungsrechtliche Beurteilung gescheiterter Sanierungsversuche	392
§ 21 Die einzelnen Tatbestände der Insolvenzanfechtung	
I. Absichtsanfechtung als „Grundtatbestand“	394
II. Die Insolvenzanfechtung von Rechtshandlungen nach den §§ 130, 131 InsO	397
III. Die „Rückschlagsperre“, § 88 InsO	406
IV. Anfechtung wegen „unmittelbarnachteiliger Rechtshandlungen“, § 132 InsO	410
V. Anfechtung unentgeltlicher Rechtsgeschäfte, § 134 InsO	411
VI. Vermutung der Kenntnis des Anfechtungsgegners bei „Insidergeschäften“	412
VII. Fristen. Zeitpunkt der anfechtbaren Rechtshandlung	413
§ 22 Insolvenzanfechtung und Kapitalerhaltungsregeln	
I. Systematische Stellung und Funktion der Regelungen der §§ 135, 136 InsO	415
II. Anfechtbarkeit der Rückgewähr oder der Sicherung der Rückgewähr kapitalersetzender Darlehen	415
III. Anfechtbarkeit der Rückgewähr von Einlagen stiller Gesellschafter	417
§ 23 Rechtsfolgen der Insolvenzanfechtung	
I. Übersicht über die gesetzliche Regelung	419
II. Rechts„natur“ des Rückgewähranspruchs	421
III. Person des Anfechtungsgegners	422
IV. Schicksal der Gegenleistung des Anfechtungsgegners	422
V. Verjährung des Anfechtungsanspruchs	423

Inhaltsübersicht

§ 24 Die Verwertung der Gegenstände der Soll-Masse

- I. Die „unverzügliche Verwertung“ als Grundsatz 425
- II. „Techniken“ und Verfahren der Masseverwertung 425

§ 25 Verwertung von Gegenständen, an denen Absonderungsrechte bestehen

- I. Übersicht 429
- II. Verwertung grundpfandrechtsbelasteter unbeweglicher Sachen 431
- III. Nutzung und Verwertung beweglichen Sicherungsgutes durch den Insolvenzverwalter 434
- IV. „Pool“- und Sicherheitenabgrenzungsvereinbarungen 445
- V. Keine Masseverwertung durch den vorläufigen Verwalter im Eröffnungsverfahren 447

§ 26 Die Aufrechnung im eröffneten Insolvenzverfahren

- I. Voraussetzungen 448
- II. Reichweite der Aufrechnungsbefugnis im eröffneten Insolvenzverfahren 450
- III. Sonderregelungen 457

§ 27 Abschluss des Verfahrens und seine Wirkungen

- I. Abschlags-, Schluss- und Nachtragsverteilung 460
- II. Aufhebung des Insolvenzverfahrens 461
- III. Nachkonkursliche Rechte der Insolvenzgläubiger 462

§ 28 Die Abwicklung masseunzulänglicher Insolvenzverfahren

- I. Problemstellung 464
- II. Massearmut 466
- III. Masseunzulänglichkeit 469
- IV. Die Rangfolge der Masseverbindlichkeiten im Verfahren nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit 474

3. Teil. Eigenverwaltung, Insolvenzplan und Insolvenzplanverfahren

§ 29 Einleitung: Systematischer Standort der Regelungen über den Insolvenzplan

- I. Von den allgemeinen Regeln abweichende Organisation des Verfahrens 477
- II. Reichweite möglicher Regelungen durch Insolvenzpläne 481

§ 30 Ablauf eines Insolvenzplanverfahrens

- I. Berechtigung zur Vorlage eines Insolvenzplans 483

II. Planinitiative des Insolvenzverwalters	484
III. Vorlage des Insolvenzplans durch den „sanierungswürdigen“ Schuldner	485
IV. Insolvengerichtliche Prüfung von Gliederung und gesetzlichem Inhalt des Insolvenzplans	485
V. Gesetzlicher Planinhalt	486
VI. Anhörungs-, Erörterungs- und Abstimmungsverfahren	493
VII. Die Abstimmung über die Annahme des Insolvenzplans	495
VIII. Fristen und Verfahrensdauer	496
§ 31 Die insolvenzgerichtliche Bestätigung des Insolvenzplans	
I. Annahme des Plans	498
II. Das Verbot obstruktiver Versagung der Zustimmung zum Insolvenz- plan	500
III. Die Entscheidung über die Versagung der Zustimmung des Schuldners zum angenommenen Insolvenzplan	506
IV. Minderheitenschutz nach § 251 InsO	507
V. Rechtsmittel	509
§ 32 Wirkungen des rechtskräftig bestätigten Insolvenzplans	
I. Übersicht	514
II. Die Planüberwachung	515
III. Lage der Insolvenzgläubiger in einem Folgeinsolvenzverfahren	517
§ 33 Funktion und Anordnung der Eigenverwaltung durch den Schuldner	
I. Insolvenzplaninitiative des Schuldners und Abwicklung des Verfahrens in Eigenverwaltung	518
II. Die insolvenzgerichtliche Entscheidung über die Anordnung der Eigen- verwaltung	519
III. Rechtsbehelfe gegen Anordnung oder Versagung der Eigenver- waltung	522
IV. Rechtsbehelfe gegen den Erlass des Eröffnungsbeschlusses ohne die Anordnung der vom Insolvenzschuldner beantragten Eigen- verwaltung?	524
V. Aufhebung der Eigenverwaltung	524
§ 34 Rechtsstellung des eigenverwaltenden Schuldners, des Sachwalters und der Gläubiger	
I. Befugnisse des eigenverwaltenden Schuldners	526
II. Einsetzung, Stellung und Aufgaben des Sachwalters	528
III. Stellung der Gläubiger im Verfahren der Eigenverwaltung	531

Inhaltsübersicht

4. Teil. Die „klassischen“ Sonderinsolvenzverfahren

§ 35 Das Insolvenzverfahren über Sondervermögen

- I. Das Nachlassinsolvenzverfahren 533
- II. Insolvenzverfahren über das Gesamtgut einer Gütergemeinschaft 540

5. Teil. Grenzüberschreitende Insolvenzen

§ 36 Das Europäische Internationale Insolvenzrecht

- I. Funktion des Internationalen Insolvenzrechts 541
- II. Art. 1 Abs. 2 lit. b der EG-Verordnung Nr. 44/2001 545
- III. Von der EG-Verordnung Nr. 44/2001 ausgeschlossene Einzelverfahren 545
- IV. Harmonisierungs- und Lückenfüllungsaufgabe der EuInsVO 545
- V. Aufbau der EuInsVO 546
- VI. Geltungsbereich der EuInsVO 546

§ 37 Organe des europäischen grenzüberschreitenden Insolvenzverfahrens

- I. Unterschiedliche Ausgestaltung in den Rechtsordnungen der EU-Mitgliedstaaten 550
- II. Gerichte und Behörden – Legaldefinition 550
- III. Funktionelle Zuständigkeit im Einzelnen 551
- IV. Verwalter. Maßgeblichkeit des Anhang C 551
- V. Organe der Gläubiger 552

§ 38 Automatische europäische Anerkennung von Hauptinsolvenzverfahren

- I. Funktionen und Reichweite der Anerkennung 554
- II. Strukturelle Grundlagen der Art 16 ff. EuInsVO 556
- III. Anerkennungsvoraussetzungen 557
- IV. Keine öffentliche Bekanntmachung vorausgesetzt 558
- V. Antragspflichten 558
- VI. Teilnahmebefugnisse. Diskriminierungsverbot 559
- VII. Form und Inhalt der Forderungsanmeldung 561

§ 39 Europäisch-internationale Zuständigkeit

- I. Der Mittelpunkt des hauptsächlichen Interesses des Schuldners 563
- II. Die Prioritätsregel 566
- III. Ordre public 571
- IV. Zuständigkeit im Rahmen internationaler Insolvenzverfahren bei Sitzverlegung des Schuldners nach Antragstellung, aber vor Verfahrenseröffnung 575

V. Internationale Zuständigkeit nach Art. 3 EuInsVO ohne qualifizierten Auslandsbezug?	578
§ 40 Rechtsmacht des Verwalters im europäisch-universellen Insolvenzverfahren	
I. Verwirklichung der universellen Wirkung des Hauptinsolvenzverfahrens durch Anerkennung der Rechtsmacht des Insolvenzverwalters . . .	582
II. Beschränkung der Rechtsmacht des Verwalters durch das Ortsrecht . . .	583
§ 41 Sekundärinsolvenzverfahren	
I. Funktion und rechtliche Ausgestaltung	587
II. Anforderungen an die Auswahl des Verwalters des Sekundärinsolvenzverfahrens	592
III. Allgemeine Kooperations-, Mitteilungs- und Unterrichtungspflicht . .	592
IV. Überschuss im Sekundärinsolvenzverfahren	596
V. Forderungsanmeldung	601
VI. Inhalt der Forderungsanmeldung	603
VII. Maßnahmen zur Sicherung der Insolvenzmasse	605
§ 42 Sachrechtliche und kollisionsrechtliche Regelungen	
I. Dingliche Rechte Dritter	606
II. Eigentumsvorbehalt	611
III. Verträge über unbewegliche Gegenstände	613
IV. Aufrechnung	614
V. Rechtsverhältnisse der Arbeitnehmer	617
VI. Immaterialgüterrecht	619
VII. Insolvenzanfechtung	619
§ 43 Deutsches insolvenzgerichtliches Verfahren nach dem EGIInsO	
I. Zuständigkeitsfragen	622
II. Anforderungen an die Ausgestaltung des Eröffnungsbeschlusses	624
III. Auswirkungen der wirksamen Eröffnung eines ausländischen Hauptinsolvenzverfahrens auf ein in Deutschland eröffnetes Insolvenzverfahren	626
IV. Negativkompetenzkonflikte	630
V. Auswirkungen auf Insolvenzplanverfahren	630
VI. Beweiserhebung über ausländisches Recht	631
§ 44 Deutsches autonomes internationales Insolvenzrecht	
I. Allgemeine Regelungen	634
II. Anerkennung ausländischer Insolvenzverfahren	634
III. Fallbeispiel	635

Inhaltsübersicht

6. Teil. Die Entschuldung natürlicher Personen

§ 45 Restschuldbefreiung

I. Funktion	637
II. Gang des Restschuldbefreiungsverfahrens	638
III. Versagung der Restschuldbefreiung	647
IV. Gewährung der Restschuldbefreiung	650
V. Widerruf der Restschuldbefreiung	652

§ 46 Das bisherige Verbraucherinsolvenzverfahren vor der Reform 2007

I. Schuldenbereinigungs- als Vor-Eröffnungsverfahren	653
II. Antragsbefugnis	654
III. Finanzierung des Zugangs zu Schuldenbereinigungs-, Kleininsolvenz- und Restschuldbefreiungsverfahren	655
IV. Voraussetzungen und Gang des Vor-Eröffnungsverfahrens	658
V. Vereinfachtes Insolvenzverfahren („Verbraucherinsolvenzverfahren“) .	667
VI. Würdigung	671

§ 47 Gesetzesentwurf der Bundesregierung zum neuen Entschuldungs- verfahren

I. Aufgaben	672
II. Kritik. Folgen für das künftige Eröffnungsverfahren	674
III. Verfahren	675

Sachregister	681
------------------------	-----